

USA: DER EUROPÄISCHE PARTNER IN DER KRISE

Lars Hänsel / Nikolas Ott

EINLEITUNG

Die transatlantische Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Europäischen Union (EU) gilt für alle EU-Mitgliedstaaten als fundamentaler Bestandteil ihrer Außenpolitik. So sieht beispielsweise Deutschland die USA als engsten Verbündeten außerhalb Europas.¹ Obgleich die USA eine Vielzahl an bilateralen Beziehungen zu Staaten auf der Welt haben, bleibt die transatlantische Partnerschaft ein sehr wichtiger Pfeiler der amerikanischen Außenpolitik.² Gerade aus diesem Grund blicken die USA besorgt auf die aktuellen Herausforderungen Europas.

Europa, so glaubt man in den USA, steckt in einer tiefen Krise. Es wächst die Sorge, dass die Vielfalt an Herausforderungen den strategischen Partner Europa schwächen, wenn nicht sogar destabilisieren könnte. Nachdem Griechenland nur durch zähe Verhandlungen vor einem Euro-Ausstieg gerettet werden konnte, wachsen in den USA die Zweifel an der grundsätzlichen Regierungsstruktur der EU. Diese Zweifel werden derzeit durch die Reaktion Europas auf die Flüchtlingskrise untermauert. Der Mangel an starken Institutionen zur Umsetzung politischer Entscheidungen rächt sich nun und macht sich durch verstärkte Handlungsunfähigkeit bemerkbar, so glaubt man vor allem in amerikanischen Regierungskreisen.



Dr. Lars Hänsel ist Leiter des Auslandsbüros USA der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Nikolas Ott absolviert momentan sein Masterstudium an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University.

- 1 | Vgl. Auswärtiges Amt 2015: Die transatlantischen Beziehungen, 09.10.2015, in: http://auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/TransatlantischeBez-allg_node.html [05.11.2015].
- 2 | Nuland, Victoria 2015: „Unity in Challenging Times: Building on Transatlantic Resolve“ (Rede), 27.01.2015, in: <http://state.gov/p/eur/rls/rm/2015/jan/236820.htm> [05.11.2015].

Jedoch haben die USA weiterhin ein großes Interesse an einem starken und stabilen Partner auf der anderen Seite des Atlantiks, an einem Europa – wie es bisher traditionell hieß – „whole, free, at peace“ und, wie jetzt auch häufig hinzugesetzt wird, „prosperous“,³ da man sich vor allem auch um die wirtschaftliche Entwicklung Sorgen macht. Die USA sind sich bewusst, dass sie Europa bei der Durchsetzung einer Vielzahl ihrer außenpolitischen Interessen benötigen. Darüber hinaus gibt es weltweit keine vergleichbar starke und entwickelte transnationale Partnerschaft zwischen den USA und einem anderen Land oder einer anderen Region. Jedoch befinden sich die USA selbst in einer Situation, ihre eigene globale Rolle überdenken zu müssen. Innenpolitisch steht das Land auch nach der Bewältigung der Finanzkrise vor enormen Herausforderungen, etwa bei der Stärkung der unter Druck stehenden Mittelschicht, im Bereich Infrastruktur, Bildungspolitik, Integration von ca. elf Millionen illegalen Einwanderern etc. Auch außenpolitisch sieht man sich Herausforderungen gegenüber. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zur aufstrebenden Macht China. Die bilateralen Beziehungen sind komplex und die USA schwanken zwischen einer Politik der Einbindung und der Eindämmung (*containment*). Ein starkes Europa, welches auf vielen Ebenen ähnliche Interessen auf gemeinsamer Wertegrundlage vertritt, gilt als wichtiger Faktor für die Fähigkeit der USA, ihren globalen Einfluss weiterhin zu projizieren. Dies gilt insbesondere, seitdem das demokratische Gesellschaftsmodell des Westens nicht zuletzt unter anderem durch staatskapitalistische Systeme wie in China (und Russland) immer stärker herausgefordert wird. Die Illusion eines nach-ideologischen Zeitalters ist nun auch in Washington verfliegen.

Russland wird von transatlantischen Sicherheitsexperten als ernst zu nehmende Bedrohung für die Partnerschaft zwischen den USA und Europa wahrgenommen.⁴ Abseits der Diskussion um das richtige Gesellschaftsmodell stellt sich vor allem auch die Frage, wer die gegenwärtig komplexe Welt besser versteht und diese taktisch für sich nutzen kann. Russland habe es in der Ukraine und in Syrien verstanden, den Westen aufgrund der mangelnden

3 | Beispielsweise von John Kerry. Vgl. Kerry, John 2014: Remarks at the Atlantic Council's „Toward a Europe Whole and Free“ Conference (Rede), 29.04.2014, in: <http://state.gov/secretary/remarks/2014/04/225380.htm> [11.12.2015].

4 | Vgl. Stavridis, James 2014: Vladimir Putin Hates the TTIP: Which is Exactly why Europe and America Need to Get it Done, Foreign Policy, 19.11.2014, in: <http://foreignpolicy.com/2014/11/19/vladimir-putin-hates-the-ttip> [11.12.2015].

Entschlossenheit vorzuführen – so eine häufig geäußerte Sicht in Washington. Heather Conley, Vize-Präsidentin des Europaprogramms des Think-Tanks *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), sprach Anfang

Laut dem *Center for Strategic and International Studies* hat der Westen verlernt, Russland „effektiv abzuschrecken“ und sein Gefahrenpotenzial unterschätzt.

Oktober von einem neuen russischen „eisernen Vorhang“ und warnte vor Russlands neuer geopolitischer Strategie. Der Westen habe verlernt, Russland „effektiv abzuschrecken“, und habe Russlands militärische Gefahr zu lange unterschätzt. Die Strategische Kooperation zwischen Russland und der NATO sei vorüber und erfordere eine Anpassung der langfristigen Strategie der NATO. Dies erfordere eine stärkere konstante militärische Präsenz gen Norden und Osten durch die USA und die europäischen NATO-Mitgliedstaaten, so Heather Conley. Der NATO-Gipfel in Warschau im kommenden Jahr wird nach ihrer Ansicht einen Wendepunkt in der Strategie der NATO gegenüber Russland darstellen müssen, um ein ernst zu nehmendes Gegengewicht gegenüber Russland wiederherzustellen.⁵ Obgleich Heather Conleys Aussagen an eine nationale Audienz gerichtet waren, reflektieren ihre Bemerkungen die weit verbreitete Sorge, dass die USA und die NATO ihren sicherheitspolitischen Einfluss verlieren und nicht in der Lage sind, diesen zurückzugewinnen.

Im Folgenden wird die US-Perspektive auf Europas aktuelle Krisenherde zusammengefasst und in ihren Kontext gesetzt. Zunächst wird ein kurzer Überblick zum aktuellen Stand der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) gegeben sowie die transatlantische Komponente des Nuklearabkommens mit Iran und Großbritanniens möglicher Austritt aus der EU beleuchtet. Danach folgt eine ausführliche Berichterstattung über die aktuelle Flüchtlingskrise in Europa, den befürchteten Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone, den Ukraine-Konflikt und den Kampf gegen den so genannten Islamischen Staat (IS).⁶ Es gibt eine Reihe weiterer relevanter Themen (wie beispielsweise Europas Verhältnis zu China), welche in diesem Bericht nicht ausführlich beschrieben werden können, jedoch ebenfalls eine Rolle innerhalb des transatlantischen Bündnisses spielen.

5 | Conley, Heather 2015: „Russian Strategy and Military Operations“ (Aussage im US-Senat), 08.10.2015, in: https://csis.org/files/attachments/ts151008_Conley.pdf [05.11.2015].

6 | „Daesch“ ist das arabische Akronym für ISIS. Diese Bezeichnung wird zunehmend von Analysten verwendet, um nicht den Eindruck zu erwecken, bei der Terrororganisation würde es sich tatsächlich um einen „islamischen Staat“ handeln. Im Folgenden wird nur noch Daesch verwendet.



John Kerry: Ohne einen starken Verhandlungspartner in Europa wäre das Nuklearabkommen mit dem Iran sicher nicht zustande gekommen. | Quelle: © Ruben Sprich, Reuters.

DAS TRANSATLANTISCHE FREIHANDELSABKOMMEN

Das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU wird weiterhin verhandelt. Am 24. Juni 2015 hat der US-Kongress dem US-Präsidenten eine so genannte *fast-track authority* durch die Verabschiedung der Trade Promotion Authority (TPA) übergeben. Wenige Tage später, am 8. Juli 2015, nahm das Europäische Parlament eine Resolution zur Fortführung der TTIP-Verhandlungen an. Kurz darauf wurde die zehnte Verhandlungsrunde vom 13. bis zum 17. Juli 2015 in Brüssel abgehalten. Insgesamt haben sich die Verhandlungspartner im Jahre 2015 viermal getroffen, zuletzt vom 19. bis 23. Oktober 2015 in Miami (Florida). Zwar ist zu erwarten, dass die Verhandlungen zwischen den europäischen und US-amerikanischen Verhandlungsteams weitergehen – je mehr jedoch die Verhandlungen in den Präsidentschaftswahlkampf hineinreichen, desto unwahrscheinlicher ist eine Entscheidung im Kongress. Zwar gelten bei TTIP – im Gegensatz zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) – die Verhandlungen als besonders kompliziert und die politische Entscheidung des Abkommens als einfacher. Die meisten Beobachter gehen dennoch nicht mehr von einer politischen Abstimmung im Kongress unter Präsident Obama aus. Darüber hinaus wird wahrscheinlich die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, das Safe Harbor-Abkommen aufzukündigen, die TTIP-Verhandlungen erschweren. Diese Entscheidung hat die deutliche Differenz hinsichtlich der

Verwendung von europäischen Nutzerdaten durch amerikanische Firmen offengelegt. Die Entscheidung verstärkt zudem die auf US-Seite teilweise vorhandenen Zweifel an der Entschlossenheit der Europäer zu vertiefter transatlantischer Zusammenarbeit.

DAS NUKLEARABKOMMEN MIT DEM IRAN

Das Nuklearabkommen mit dem Iran wird demgegenüber in US-Regierungskreisen als Beispiel für einen gemeinsamen transatlantischen Erfolg in einem internationalen Konflikt dargestellt. Die breite Unterstützung für das Abkommen in Europa half der US-Regierung, das Abkommen in den USA als guten Verhandlungsabschluss zu präsentieren. Gleichwohl wurde während der finalen Verhandlungsphase um das iranische Atomprogramm die Kooperation zwischen den E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien), der EU und den USA in den Medien als wichtig, jedoch nicht als entscheidend für den Durchbruch bei den Verhandlungen dargestellt. US-Medien porträtierten die E3 als relevanten Akteur, fokussierten ihre Berichterstattung jedoch auf *Secretary of State* John Kerry und sein Verhandlungsteam. Der Verhandlungsdurchbruch wurde letztendlich Kerry zugeschrieben. Auf Regierungsebene ist man sich der Bedeutung der US-E3-Kooperation jedoch durchaus bewusst. Ohne einen starken Verhandlungspartner in Europa, in diesem Fall sogar drei, wäre dieses Abkommen nicht zustande gekommen. Die US-Regierung ist sich im Klaren, dass die E3 einen wesentlichen Einfluss auf die jahrelangen Verhandlungen hatten und dass die diplomatische Lösung dieses Konfliktes auch wesentlich den E3 zuzuschreiben ist. Kurz nach Abschluss der Verhandlungen herrschte in den USA Unklarheit darüber, ob der amerikanische Kongress das Abkommen akzeptieren würde. Die EU hingegen erklärte die Verhandlungen für abgeschlossen und initiierte die Aufhebung von Sanktionen. Dies führte kurzzeitig zur Sorge unter US-Unternehmen, dass europäische Unternehmen einen Vorteil in der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Iran haben könnten. Diese Befürchtung schlug rasch in eine kritische Berichterstattung über Europas mangelnde Kooperationsbereitschaft um. Letztendlich fand sich im US-Kongress keine Mehrheit, um das Nuklearabkommen zu blockieren. In der nun folgenden Implementierungsphase werden die USA erneut eine Sonderrolle spielen, jedoch erwartet man auf beiden Seiten des Atlantiks eine enge Kooperation, um sicherzustellen, dass Iran tatsächlich das Abkommen einhält.

Die US-Regierung ist sich bewusst, dass das Nuklearabkommen mit dem Iran ohne die Mitwirkung der E3 nicht zustande gekommen wäre.

GROSSBRITANNIENS MÖGLICHER AUSTRITT AUS DER EU

Für die USA galt Großbritannien lange Zeit als wichtigster Partner in Europa. Beide verband eine strategische *special relationship*. Britische Politiker, nicht zuletzt auch Euro-Skeptiker, hatten zudem in Washington bislang großen Einfluss auf die amerikanische Interpretation der europäischen Politik. Verstärkt wurde (und wird) dies dadurch, dass auch britische Medien, wie etwa der *Economist*, Einfluss auf Meinungsmacher haben. Diese Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren verändert. Nun wird Europa immer weniger durch die Brille Großbritanniens gesehen und zunehmend unabhängiger als eigene Größe wahrgenommen, so auch die gewachsene Rolle Deutschlands in Europa. Der Blick richtet sich nun bei vielen Themen eher nach Berlin als nach London.

Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU hätte sowohl negative Folgen für die Beziehungen der USA zur EU als auch zu Großbritannien und damit auf die transatlantischen Beziehungen im Allgemeinen. Deshalb berührt ein möglicher *Brexit* US-amerikanische Kerninteressen. Während des jüngsten Besuches David Camerons im Juni 2015 stellte Präsident Barack Obama öffentlich klar: „Wir erwarten, dass Großbritannien Teil der EU bleibt“.⁷ Dies war ein erstaunliches Statement des US-Präsidenten und reflektiert das amerikanische Interesse am Zusammenhalt der EU.

Die *special relationship* zwischen den USA und Großbritannien würde wohl auch in Zukunft bestehen bleiben – unabhängig vom Votum der Briten. Allerdings dürfte sich die Kluft zwischen den beiden Partnern weiter vertiefen: Die Diskussion um die Verteidigungsausgaben in London und das reduzierte militärische Engagement, etwa im aktuellen Kampf gegen den IS, stellt die Briten als starken Partner in sicherheitspolitischen Themen in Frage. In beiden Fragen hatten die USA erheblichen Druck ausgeübt.

Auch wirtschaftlich dürften die Beziehungen deutlich leiden: Ein besonderes Wirtschaftsabkommen für Großbritannien würde in den USA nicht wirklich ernsthaft erwägt werden; zu stark ist das Interesse an multilateralen Freihandelsabkommen im Gegensatz zu bilateralen Abkommen. Das zeigt sich deutlich an TPP und TTIP. Selbst wenn ein bilaterales Abkommen erwogen werden würde, dürfte dies für Großbritannien kaum vorteilhafter ausfallen. Erst im Oktober 2015 hat *US Trade Representative* Mike

7 | Vgl. Schliess, Gero 2015: On UK „Brexit,“ Obama is thinking US – not EU, 25.07.2015, in: <http://dw.com/en/a-18607337> [05.11.2015].

Froman als US-Verhandlungsführer deutlich gemacht, dass die USA auch aus handelspolitischer Perspektive ein klares Interesse an einem Verbleib Grossbritanniens in der EU haben.⁸ Die gewachsenen Beziehungen zur EU – vor allem wenn TTIP erfolgreich sein sollte – bestimmen die amerikanischen Wirtschaftsinteressen schon jetzt stärker als die wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien.

Auch aus handelspolitischer Sicht haben die USA ein großes Interesse am Verbleib Großbritanniens in der EU.

Zuletzt hatten die USA auch besonders enttäuscht auf die Entscheidung Großbritanniens geschaut, sich der Asiatischen Infrastruktur- und Entwicklungsbank (AIIB) anzuschließen. Die USA standen am Ende isoliert da. Mit Misstrauen wird das neuerliche Werben Chinas um Großbritannien beobachtet.

Ein Ausscheiden aus der EU dürfte Großbritannien als strategischen Partner nicht interessanter machen – vor allem vor dem Hintergrund des Verlusts britischen Einflusses in der EU. Umgekehrt wird befürchtet, dass sich auch die EU verändern würde: Großbritannien wird in der EU als wichtiger Garant einer starken transatlantischen Allianz gesehen, nicht zuletzt im Bereich der Sicherheitspolitik und bei geostrategischen Fragen. Außerdem gilt Großbritannien als Wächter des offenen Marktes in der EU – auch dies liegt im zentralen Interesse der USA. Auch wenn zunehmend Deutschland in den Fokus rückt, wenn es in Washington um Europa geht, so ist ein Verbleib Großbritanniens weiterhin ein zentrales Interesse der USA.

FLÜCHTLINGSKRISE

Die USA verstehen sich anders als die meisten europäischen Staaten seit ihrer Gründung als Einwanderungsland, das über die Jahrhunderte vielen Menschen Zuflucht und eine Chance auf eine bessere Zukunft gewährt hat. Dennoch sind Migration, Immigration und Integration auch in den USA sowohl außen- als auch innenpolitisch aktuelle kontroverse Themen, obgleich die Sachlage insbesondere innenpolitisch anders gelagert ist. Der Hauptunterschied besteht darin, dass es in der Debatte um Immigranten in den USA fast ausschließlich um bereits in den USA lebende illegale Einwanderer geht. Die für Europa besonders charakteristische humanitäre Dimension der Flüchtlingskrise fehlt

8 | Vgl. Financial Times 2015: Brexit and the delusions of new free-trade deals, 30.10.2015, in: <http://ft.com/intl/cms/s/0/aba86dce-7efa-11e5-98fb-5a6d4728f74e.html> [05.11.2015].

in den USA fast komplett. Eine Ausnahme stellen die ca. 84.000 Kinder aus Zentralamerika da, welche 2014 und 2015 die Grenze von Mexiko in die USA überquert haben.

Gemeinsam ist den Situationen in den USA und der EU jedoch, dass das Thema Fremde und Integration ein politisch hochbrisantes Thema ist. Der mögliche republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump bezieht nicht zuletzt aus einer Abwehrhaltung gegenüber Fremden seine politische Energie. So hat Trump angekündigt, unter anderem die elf Millionen illegalen Einwanderer ausweisen zu wollen und das Verfahren zur Erlangung der US-Staatsbürgerschaft zu reformieren. Auch die Frage der Grenzkontrolle spielt eine Rolle, da die Grenze zu Mexiko in weiten Teilen unbefestigt ist. Trump kündigte an, als US-Präsident die Grenze mit einer gewaltigen Sicherheitsanlage zu befestigen. Dennoch haben die USA eine lange Geschichte erfolgreicher Immigration und Integration. Pro Jahr wandern ca. eine Million Ausländer (legal) in die USA ein.



Grenze zu Mexiko: Migration, Immigration und Integration sind auch in den USA kontrovers diskutierte Themen. | Quelle: © Frank Duenzl, picture alliance.

Die USA beobachten den aktuellen Zustrom von Flüchtlingen nach Europa mit Sorge. Seit 2012 erleben die Mitgliedstaaten der EU einen signifikanten Anstieg von Asylanträgen.⁹ Im September 2015 wurde mit 700.000 Anträgen das gesamte Vorjahresvolumen bereits überschritten.¹⁰ Das Flüchtlingsdrama wird dabei häufig im breiteren Kontext der Vielzahl der Herausforderungen gesehen, welche Europa gegenwärtig zu bewältigen hat. Der derzeitige Umgang mit Migration wird häufig als gescheitert betrachtet. Dies beruht auf der Wahrnehmung, dass es keine effektive gemeinsame europäische Migrationspolitik gibt. So gilt die europäische Migrationspolitik in den Augen vieler Amerikaner nicht selten auch als Beispiel für die fehlende Kohäsion innerhalb der EU und dafür, dass ein auf einer gemeinsamen Vision basierendes Handeln in der EU auf diesem Themenfeld eine enorme Herausforderung darstellt. Migrationsexperten aus den USA stellen Europas Asylantragsstruktur (Dublin III-Abkommen) aufgrund der Masse der Flüchtlinge in Frage. Bei Diskussionen in Think-Tanks wird unter anderem darauf hingewiesen, dass diese Entwicklungen eigentlich nicht mehr als Flüchtlingskrise zu erklären seien, sondern eine größere Dimension globaler Migrationsströme haben. Diese Sicht verstärkt noch einmal die Skepsis, ob Europa diesen Entwicklungen gewachsen sei.

Die europäische Migrationspolitik gilt in den Augen vieler Amerikaner als Beispiel für fehlende Kohäsion innerhalb der EU.

Darüber hinaus sind die USA besonders besorgt über mögliche Extremisten, die die aktuelle Situation ausnutzen könnten, um nach Europa zu gelangen. Es wird befürchtet, dass unter den Migranten eine Reihe von Terroristen ist. Die Terroranschläge vom 13. November in Paris haben diese Sorge erneut auf die Tagesordnung gebracht. Derzeit noch unklar, ob einige der Täter tatsächlich mit (möglicherweise gefälschten oder gestohlenen) Pässen aus Syrien nach Europa gelangt sind. Gleichwohl haben diese Vermutungen rechtsextremen Gruppen, wie beispielsweise der französischen Partei Front National, Anlass gegeben die gesamte europäische Flüchtlingspolitik in Frage zu stellen. Ähnliche Sorgen werden ebenfalls von konservativen US-Medienvertretern ausgedrückt. Die Sorge, dass islamische Extremisten die syrische Flüchtlingskrise nutzen könnten, um in die USA zu gelangen ist

9 | Vgl. Eurostat 2015: Asyl in der EU: Zahl der Asylbewerber in der EU im Jahr 2014 sprunghaft auf mehr als 625.000 gestiegen (Pressemitteilung), 20.03.2015, in: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6751783/3-20032015-BP-DE.pdf> [05.11.2015].

10 | OECD 2015: Is this humanitarian migration crisis different?, Migration Policy Debates 7, 09/2015, in: <https://oecd.org/migration/Is-this-refugee-crisis-different.pdf> [05.11.2015].

einer der Hauptgründe, warum die USA bis heute nur eine sehr begrenzte Zahl von Flüchtlingen aus Syrien aufnimmt.¹¹ Viel mehr bewegt jedoch Beobachter in Washington, dass die Integration der Migranten scheitern könnte. Es wird befürchtet, dass eine erfolglose Integration eine Plattform für die Verbreitung radikaler Propaganda von Islamisten werden und eine Rekrutierung für Terrorismus erleichtern könnte.

US-Medien berichten ausgiebig über die Flüchtlingskrise. In einem Op-Ed merkte Dalibor Rohac in der *LA Times* an, dass die Flüchtlingskrise die Schwachstellen der unvollendeten EU-Institutionen offenbare.¹² Durch die Verabschiedung des Schengener Abkommens sei aus politischen Gründen der freie Personenverkehr in der gesamten EU geschaffen worden, die Last der Grenzsicherung trügen jedoch vornehmlich die einzelnen Grenzstaaten. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass die aktuelle Flüchtlingskrise den nationalistischen Strömungen in Europa neuen Auftrieb verleiht. Der Kolumnist Roger Cohen schrieb in der *New York Times*, Europa habe keine Vision: „Europe is caught between those who want to get in, those who want to get out, and those who want to destroy it.“¹³ Diesbezüglich wurde auch in verschiedenen Medien berichtet, dass sich vor allem die osteuropäischen Länder gegen Ideen wie beispielsweise feste Verteilungsquoten aus Brüssel wehren. So wolle die Slowakei nur Christen aufnehmen und stelle das westeuropäische Modell des Multikulturalismus in Frage. Ungarns derzeitige Flüchtlingspolitik wird in den USA ebenfalls sehr negativ aufgefasst. Insgesamt herrscht Unverständnis darüber, dass die Lastenverteilung der Flüchtlingskrise nur schleppend verläuft. Darüber hinaus sind die USA besorgt über eine mögliche politische Polarisierung Europas und befürchten, dass die Hilfsbereitschaft innerhalb Europas noch weiter nachlassen wird, falls nicht schnellstmöglich effektive Reformen verabschiedet werden.¹⁴

11 | Vgl. Fidler, Stephen / Pop, Valentina 2015: Paris Attacks Shine Light on Europe's Failing Border Policies, *The Wall Street Journal*, 19.11.2015, in: <http://on.wsj.com/1HbL6zD> [11.12.2015]; Fox News 2015: Paris massacre ringleader used migrant crisis to get into France, PM says, 20.11.2015, in: <http://fxn.ws/1QxBbas> [11.12.2015].

12 | Rohac, Dalibor 2015: A borderless Europe under siege, *Los Angeles Times*, 06.08.2015, in: <http://fw.to/OPesOre> [05.11.2015].

13 | Cohen, Roger 2015: The Migrant Crisis in Calais Exposes a Europe Without Ideas, *New York Times*, 03.08.2015, in: <http://nyti.ms/1KLSjfe> [05.11.2015].

14 | Vgl. Applebaum, Anne: Europe's Deadly Denial: The refugee crisis is the consequence of Europe's refusal to confront the wars on its borders, *Slate*, 04.09.2015, in: http://slate.com/articles/news_and_politics/foreigners/2015/09/europe_refugee_crisis_the_eu_has_failed_to_confront_the_wars_in_syria_and.html [11.12.2015].

Von amerikanischen Politikern wird Deutschlands Vorgehen in der Flüchtlingskrise meist als positives Beispiel genannt. Anders als bei der Staatsschuldenkrise gibt es keine Ratschläge, wie sich Deutschland in dieser Krise verhalten soll. Im Gegenteil: Die Bundeskanzlerin wird gelobt. US-Präsident Obama würdigte in einem Telefonat mit der Bundeskanzlerin das Engagement Deutschlands und wiederholte diese Meinung während Präsident Gaucks Besuch in den USA im Oktober 2015. Zuvor hatte bereits *Assistant Secretary of State for Population, Refugees, and Migration*, Anne C. Richard, Deutschlands Engagement besonders herausgestellt. Gleichzeitig ist damit implizit auch die Erwartung verbunden, dass Deutschland in der Lage sein muss, nicht nur die Probleme Deutschlands zu lösen, sondern angesichts der führenden Rolle in der EU auch entscheidend zur Lösung anderer europäischer Probleme beizutragen.



Flüchtlingskind: Von amerikanischen Politikern wird Deutschlands Engagement in der Flüchtlingskrise zumeist als vorbildlich herausgestellt. | Quelle: © Srdjan Zivulovic, Reuters.

Auch in den Medien wird Deutschland häufig als positives Beispiel in der EU genannt. Andere Staaten werden aufgerufen, sich stärker zu engagieren. Die *New York Times* merkte an, dass insbesondere reichere europäische Länder wie Großbritannien und Frankreich mehr Flüchtlinge aufnehmen könnten, und stellte fest, dass ärmere Länder an der südlichen Peripherie vergleichbar höhere Lasten tragen müssen. Die Bundesregierung, vor allem auch die Bundeskanzlerin, wird durch ihr Engagement positiv hervorgehoben, obgleich gleichzeitig von fremdenfeindlichen

Ausschreitungen in Deutschland berichtet wird. Auch der Auftritt Angela Merkels in einer deutschen Fernsehdiskussion und der Dialog mit einer jungen Palästinenserin hat hier eine Rolle gespielt. Dieser wurde allgemein positiv aufgenommen: Bundeskanzlerin Merkel habe sich getraut, die Wahrheit auszusprechen, nämlich dass nicht jeder oder jede nach Europa kommen könne. Esther J. Cepeda argumentierte in den *Mercury News*, dass man nicht einerseits Ehrlichkeit von Politikern fordern könne und es dann bedauere, wenn sie ehrlich sind. Die Bundeskanzlerin genießt so auch in der Migrationsfrage Sympathien.

Victoria Nuland, *Assistant Secretary of State*, brachte es neulich auf einer öffentlichen Veranstaltung auf den Punkt: „Germany is living the values that bind us.“¹⁵ Dies verstellt jedoch Washington nicht den Blick für die enormen Herausforderungen, die damit für Europa verbunden sind.

GRIECHISCHE STAATSSCHULDENKRISE

Die Entwicklung der griechischen Staatsschuldenkrise wurde vom politischen Washington von Beginn an aufmerksam verfolgt. Dabei ging es den USA hauptsächlich um mögliche Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft und um die Entwicklung Europas als geostrategisch wichtiger Partner. In den USA wurde schnell deutlich, dass amerikanische Banken und private Investoren nur in sehr geringem Maße in griechische Staatspapiere investiert haben. Die direkten Auswirkungen auf die USA wären daher im Fall eines Zahlungsausfalls sehr gering ausgefallen. Die US-Administration hat sich wohl auch deshalb zu Beginn der Krise weitgehend mit Kommentaren zurückgehalten.

Zu Beginn des Jahres 2015 brachte Präsident Obama der neuen griechischen Regierung Sympathie entgegen und warnte davor, Wachstum durch zu hohen Druck auf Reformen und zur Rückzahlung von Schulden zu behindern. Wachstum sei der beste Weg zum Defizitabbau und zu fiskalischer Stabilität, so der Präsident bei einem CNN-Interview im Januar 2015. Europa „cannot keep on squeezing countries that are in the midst of depression“.¹⁶ Dies hatte vor allem in Deutschland Irritationen ausgelöst.

15 | Diese Aussage traf Victoria Nuland auf der Veranstaltung „Europe 25 Years After German Unification: Crisis, Unity, and Opportunity“ des German Marshall Fund in Washington DC am 06.10.2015.

16 | Vgl. Ackerman, Andrew 2015: Obama Expresses Sympathy for New Greek Government, *Wall Street Journal*, 01.02.2015, in: <http://on.wsj.com/16925k5> [05.11.2015].

Die Probleme mit Griechenland wurden aber danach generell als Problem Europas gesehen und wenig kommentiert. Erst als die Gefahr bestand, dass die Situation den europäischen Entscheidungsträgern entglitt und die Existenz des Euroraums bedroht schien, sah sich die US-Administration genötigt, die Sparpolitik gegenüber Griechenland zu kritisieren und von beiden Seiten Entgegenkommen zu fordern. Ein *Grexit* mit unkalkulierbaren Folgen wurde als nicht im (geostrategischen) Interesse der USA gesehen.

Ebenso gab es eine enge Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfond (IMF), um die Situation in Griechenland zu stabilisieren. Auf Druck aus den USA dürfte auch die Veröffentlichung des IMF-Berichts kurz vor dem griechischen Referendum zurückgehen, welcher weitere Hilfen des IMF von einer Restrukturierung der Schulden abhängig macht. US-Finanzminister Jack Lew lobte ausdrücklich den Bericht und betonte, dass die Schulden Griechenlands auch aus seiner Sicht nicht tragfähig seien. Schließlich bezeichnete Lew die Vereinbarung als bedeutenden Schritt in die richtige Richtung.

Nach den erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Eurozone mit Griechenland um ein drittes Rettungsprogramm im Juli nahm die Sorge um wirtschaftliche Auswirkungen auf die USA deutlich ab. Die möglichen Auswirkungen der Staatsschuldenkrise auf die geostrategische Partnerschaft spielen jedoch weiterhin eine Rolle. Grundsätzlich haben die USA ein deutliches Interesse an einem starken europäischen Partner, der zunehmend in der Lage ist, internationale Verantwortung zu übernehmen. In diesem Kontext besteht ein starkes Interesse an der Integrität des Euroraumes. Deutschland wird auch auf diesem Themengebiet als Führungsnation in Europa gesehen. Während der griechischen Staatsschuldenkrise richtete sich daher der Blick vornehmlich auf Deutschland und auf Bundeskanzlerin Merkel als Schlüsselfigur zur Überwindung der Krise.

Die USA wünschen sich einen starken europäischen Partner, der international Verantwortung übernehmen kann.

Im Hintergrund der amerikanischen Positionen in den vergangenen Monaten dürfte einigen Beobachtern zufolge auch die Sorge gestanden haben, ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone oder – schlimmer noch, aus der EU – könnte Russland neue Möglichkeiten der Einflussnahme in Europa geben.

Auch wenn die jetzige Einigung mit Griechenland von konservativen Ökonomen politisch als Unterwerfung unter die Forderungen der Geldgeber gesehen wird, so sehen diese eine solche Einigung dennoch als einzigen Weg zu neuem Wachstum. Die aktuelle Krise hat den Streit um die Frage, ob hohe Schulden Wachstum verhindern, erneut entfacht. Konservative Ökonomen, wie etwa Romina Boccia von der *Heritage Foundation*, welche sich unter anderem auf Ökonomen wie Ken Rogoff berufen, sehen auch die USA auf dem Weg zu einem Schuldenniveau, welches Wachstum verhindert. Gleichzeitig erkennen sie an, dass es entscheidende institutionelle und strukturelle Unterschiede gibt: Die USA z.B. drucken ihr eigenes Geld und ein großer Teil der Schulden wird von inländischen Kreditgebern gehalten. Dennoch fordern sie angesichts der aktuellen Erfahrung mit Griechenland eine stärkere Haushaltsdisziplin. Auf der anderen Seite stehen Ökonomen wie Joseph Stiglitz und Paul Krugman. Krugman, einer der wenigen Keynesianer alter Schule mit hohem Vertrauen in expansive Geldpolitik, warf in seiner Kolumne in der *New York Times* den EU-Verhandlern „Putsch-Absichten“ vor.¹⁷ Er bezweifelte vor allem Deutschlands gute Absichten. Für ihn stellen die harten Forderungen der jetzigen Einigung Griechenlands Souveränität in Frage. Jegliches neue Wachstum wäre zudem nur mit einem Schuldenschnitt möglich. Krugman hatte mit seinen Positionen erhebliche Irritationen in Deutschland ausgelöst, in den USA jedoch über die Fachwelt hinaus kaum Beachtung gefunden.

In den Medien gab es während der Verhandlungsphase im Juli in den großen Qualitätszeitungen Editorials, welche meist einen kritischen Ton gegenüber dem Krisenmanagement, vor allem dem deutschen, hatten. Im Vordergrund stand meist die Frage, was dies für den Zusammenhalt in Europa bedeute.

UKRAINE-KONFLIKT

Die USA und Europa verbindet eine starke gemeinsame politische Haltung gegenüber Russlands aggressivem Verhalten in der Ukraine. Aus diesem Grund erwarten die USA von Europa eine klare Position, gefolgt von Taten. Obgleich das Normandie-Format das Friedensabkommen von Minsk zustande gebracht hat, bleiben in US-Regierungskreisen Zweifel an der Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs und an der EU als allgemeines Koordinierungsorgan im Ukraine-Konflikt bestehen. Darüber hinaus

17 | Vgl. Krugman, Paul 2015: Killing the European Project, New York Times, 12.07.2015, in: <http://nyti.ms/1URLzdC> [05.11.2015].

nehmen die USA die Ukraine-Krise als ernst zu nehmende Herausforderung für die EU als europäisches Projekt wahr.¹⁸ Der Implementierungsprozess des Friedensabkommens verlief bisher schleppend und die USA befürchten, dass Russland Europas derzeitige Nachgiebigkeit ausnutzen könnte, um im Osten der Ukraine regierungsfähige Institutionen aufzubauen und damit die aktuelle territoriale Trennung verankern könnte. Darüber hinaus glaubt man in den USA, dass nur ein starkes Europa in der Lage sei, Russland klare Grenzen aufzuzeigen. Obgleich die EU gemeinsam mit den USA Sanktionen gegen Russland verhängt hat, scheinen aufgrund der vielen internen Herausforderungen in Europa die Erwartungen an ein sicherheitspolitisch starkes Europa derzeit nicht erfüllbar zu sein.

Während sich die amerikanische Wirtschaft von der globalen Finanzkrise erholt,¹⁹ befinden sich die meisten europäischen Länder weiterhin in Stagnation.²⁰ Die USA befürchten, dass ein wirtschaftliches schwaches Europa möglicherweise vor schärferen Sanktionen gegen Russland zurückschreckt. Gleichzeitig wäre es innenpolitisch schwieriger, steigende Militärausgaben zu rechtfertigen. Russland ist sich dieser Problematik bewusst und wird dies möglicherweise in naher Zukunft zu seinen Gunsten nutzen. Letztendlich kann die Ukraine-Krise nicht ohne ein wirtschaftlich starkes und politisch vereintes Europa gelöst werden, so die Meinung in den USA.

Der Ukraine-Konflikt verdeutlicht ebenfalls die Erwartung der USA eines stärkeren finanziellen Engagements europäischer Mitgliedstaaten in der NATO. Nachdem die USA nach dem Ende des Kalten Krieges einen wesentlichen Anteil ihrer Truppen aus Europa abgezogen haben, ist nun ein Vakuum entstanden, welches angesichts russischer Aggressionen gefüllt werden müsse. Die US-Regierung ist der Meinung, dass diese Aufgabe vor allem auch von Europas NATO-Mitgliedsländern übernommen werden muss. Jedoch nimmt das Verteidigungsbudget einiger europäischer NATO-Länder weiterhin ab, obgleich

Das nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa entstandene Machtvakuum müssen die europäischen NATO-Länder füllen – so die USA.

18 | Vgl. Blinken, Antony J. et al 2015: Remarks on Transatlantic Cooperation and the Crisis in Ukraine, 05.03.2015, in: <http://state.gov/s/d/2015/238644.htm> [05.11.2015].

19 | Vgl. Chandra, Shobhana 2015: U.S. GDP Rises 2.3% in Second Quarter; First Quarter Revised Upward, Bloomberg, 30.07.2015, in: <http://bloom.bg/1LZoIdz> [05.11.2015].

20 | Vgl. The Economist 2015: The euro-zone recovery is losing momentum, 14.08.2015, in: <http://econ.st/1J4eUIz> [05.11.2015].

das Übereinkommen aus dem NATO-Gipfeltreffen in Wales im September 2014 ein Verteidigungshaushalt von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verankert hat. Die US-Regierung hält jedoch, zumindest öffentlich, an diesem Ziel fest, obgleich Experten eine Vielzahl von effektiveren, alternativen Reformplänen für die Rolle der NATO in Europa ausgearbeitet haben.²¹

Seit Oktober 2015 ist die Ukraine nicht mehr der einzige Konflikt-herd, in dem sowohl Russland als auch die USA und EU-Mitgliedstaaten involviert sind. Durch Russlands Einschreiten in den Syrien-Konflikt scheint das transatlantische Sicherheitsbündnis eine neue ernst zu nehmende Herausforderung zu bewältigen zu haben.

KAMPF GEGEN DAESCH

Im Kampf gegen Daesch herrscht in Washington D.C. derzeit ein Mangel an durchsetzbaren Optionen. Die Luftschläge haben bisher nur begrenzten Erfolg, und das kostspielige Training moderater Rebellen endete in einem Fiasko.²² Die Hoffnung der USA auf eine starke Koalition mit einer Vielzahl von aktiven Mitgliedern ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Selbst unter NATO-Mitgliedern ist die Unterstützung eher begrenzt. Derzeit nehmen nur Großbritannien, Frankreich und die Niederlande aktiv an der Bombardierung von Daesch teil. Andere europäische Staaten wie beispielsweise Belgien, Dänemark, Italien, Norwegen, Spanien und Deutschland unterstützen die Allianz bisher nur logistisch.²³ Frankreichs militärische Reaktion auf die Terroranschläge vom 13. November hat innerhalb der EU die Debatte über ein militärisches Vorgehen der EU gegen Daesch wieder an die Tagesordnung gebracht.²⁴ Sowohl Großbritannien als auch Deutschland haben Frankreich ihre Solidarität im Kampf gegen Daesch ausgesprochen und ihr Mandat im

21 | Vgl. Techau, Jan 2015: The Politics of 2 Percent: NATO and the Security Vacuum in Europe, Carnegie Europe, 09/2015, in: http://carnegieendowment.org/files/Techau_NATO_paper_final.pdf [05.11.2015].

22 | Vgl. McLeary, Paul 2015: U.S. Acknowledges Reality and Scraps Failed Syria Training Program, Foreign Policy, 09.10.2015, in: <http://foreignpolicy.com/2015/10/09/u-s-acknowledges-reality-scraps-failed-syria-training-program> [05.11.2015].

23 | Vgl. U.S. Central Command 2015: Counter-ISIL military coalition concludes operational planning conference, 01.05.2015, in: <http://centcom.mil/en/news/articles/counter-isil-military-coalition-concludes-operational-planning-conference> [05.11.2015].

24 | Davidson, Helen / Jalabi, Raya 2015: Paris terror attacks: France launches fresh airstrikes on Isis in Syria – as it happened (Live-blog), The Guardian, 17.11.2015, in: <http://gu.com/p/4e99e/stw> [11.12.2015].

Kampf gegen Daesch ausgeweitet.²⁵ Es bleibt abzuwarten ob es sogar zu einer gemeinsamen NATO Mission gegen Daesch kommen wird, wie von einigen US-amerikanischen Sicherheitsexperten gefordert wird.²⁶

Im Januar 2015 sprach *Assistant Secretary* Victoria Nuland noch von der transatlantischen Allianz als Fundament für die internationale Koalition im Kampf gegen Daesch.²⁷ Dies reflektiert die Erwartung der USA für mehr Engagement Europas in diesem Themenfeld. Aufgrund des massiven Anstiegs an syrischen Flüchtlingen in Europa könnte das europäische Engagement in Syrien durchaus steigen, um den Flüchtlingsstrom zu reduzieren. Gleichzeitig ändert die Vielzahl syrischer Flüchtlinge nichts an den grundsätzlich divergierenden Positionen europäischer Staaten bezüglich eines Militäreinsatzes in Syrien. Staaten wie Großbritannien oder Frankreich, welche direkt vom islamistisch motivierten Terror betroffen sind, haben einen stärkeren innenpolitischen Zugzwang und engagieren sich daher stärker im Kampf gegen Daesch.

Russlands militärisches Engagement in Syrien zwingt die USA nun zur kritischen Reflektion ihrer Syrien-Strategie. Russland scheint einen sehr guten Moment für den Beginn der US-Operation gewählt zu haben, da die USA nur noch ein Jahr von den nächsten Präsidentschaftswahlen entfernt sind und Europa gerade hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt ist. Obgleich die USA kein Interesse daran haben, sich von Russland in Syrien vorführen zu lassen, konstituieren die militärischen Operationen Russlands eine klare Konfrontation gegenüber Präsident Obamas Forderung, Präsident Assad zu ersetzen. Russland hat klar gemacht, dass es am Verbleib des Assad-Regimes interessiert ist und bereit ist, dieses Interesse militärisch zu unterstreichen.

Die USA haben kein Interesse daran, sich von Russland in Syrien vorführen zu lassen.

25 | BBC News 2015: Syria air strikes: MPs authorise UK action against Islamic State, 03.12.2015, in: <http://bbc.com/news/uk-politics-34989302> [11.12.2015]; Rising, David 2015: Germany Oks military mission against Islamic State group, The Washington Post, 03.12.2015, in: <http://wpo.st/ymyw0> [11.12.2015].

26 | Stavridis, James 2015: NATO's Turn to Attack, Foreign Policy, 14.11.2015, in: <http://foreignpolicy.com/2015/11/14/natos-turn-to-attack-paris-terrorist-isis> [11.12.2015].

27 | Nuland, Fn. 2.

Ziel der offiziellen US-Politik ist zwar, mit Russland in Syrien zusammenzuarbeiten, wenn damit ein Plan für einen politischen Führungswechsel in Syrien und ein Ausscheiden Assads von der Macht verbunden ist. Jedoch lässt sich Russland derzeit auf keine Diskussionen für ein Szenario post-Assad ein. Folglich müssen die USA nun ihre Syrien-Strategie grundsätzlich kritisch überdenken. Möglicherweise werden die USA gezwungen sein, Assad, wenigstens für einen gewissen Zeitraum, zu tolerieren, um mit Russland eine stärkere Kooperation im Kampf gegen Daesch zu beginnen.



Al-Rakka: In der Daesch-Hochburg wird auf Werbetafeln Zuversicht verbreitet, den Angriffen der internationalen Koalition trotzen zu können. | Quelle: © Nour Fourat, Reuters.

Darüber hinaus erschweren Russlands Militäroperationen in Syrien die amerikanischen Planungen für eine mögliche Flugverbotszone an der Grenze zur Türkei, um eine Sicherheitszone für Zivilisten zu erstellen. Zudem wird aktuell diskutiert, inwiefern Russland tatsächlich Daesch bekämpft oder ausschließlich an Assads Machterhalt interessiert ist. Auch wenn die Intentionen Russlands als unklar gelten, werden Schlüsse aus den russischen Aktivitäten gezogen: Der Installation hochentwickelter Luftabwehrtechnik wird allenfalls langfristig strategische Bedeutung beigemessen, da diese für die aktuelle Bekämpfung von Daesch nicht geeignet ist.

Hin und wieder wird in Washington die Ansicht geäußert, dass Russland mit dem militärischen Eingreifen in Syrien auch Druck auf Europa ausüben wolle. Die meisten Flüchtlinge fliehen vor Assad, nicht vor Daesch.²⁸ Putin hingegen äußerte das Gegenteil vor Beginn des russischen Militäreinsatzes.²⁹ So glauben einige Analysten, dass es im Interesse Russlands sei – nicht zuletzt im Hinblick auf die Sanktionen –, dass die Spannungen in Europa durch die Masse an Flüchtlingen zunehmen. Allerdings wird unter Beobachtern auch auf die enge, vor allem energiepolitische Verbindung Russlands mit Europa hingewiesen, wonach Russland kein Interesse an einer Destabilisierung Europas haben könne.

FAZIT

Europa steht vielen Beobachtern in den USA zufolge vor tief greifenden Problemen. Dazu gehören neben der Griechenland-Krise auch sicherheitspolitische Herausforderungen, etwa im Umgang mit der Ukraine-Krise. Darüber hinaus äußern sich viele Experten besorgt auf die Frage, wie die EU es schaffen werde, mit dem nicht abbreißenden Flüchtlingsstrom umzugehen. Insgesamt überwiegt im Hinblick auf die Frage, ob die EU den Herausforderungen gewachsen ist, eine skeptische Sicht. Die Aussicht auf einen potenziellen *Brexit* verstärkt die Sorge, dass das europäische Projekt durch zunehmende Fliehkräfte gefährdet sein könnte. Nur ein kohärentes und starkes Europa bliebe jedoch aus US-Sicht ein relevanter Partner der USA für die Lösung globaler Aufgaben. Gleichzeitig zeugen gemeinsame Erfolge, wie beispielsweise das iranische Nuklearabkommen, vom Potenzial der transatlantischen Partnerschaft, wenn beide Seiten des Atlantiks eine gleiche oder wenigstens sehr ähnliche Einschätzung zu einer Thematik haben. Ähnliches lässt sich im Ukraine-Konflikt beobachten. US-amerikanische und europäische Sanktionen gegen Russland verbleiben intakt und senden eine klare Nachricht nach Moskau. Eine Vielzahl von Experten beschreibt Russlands Aktivitäten in der Ukraine als eine ernst zu nehmende Bedrohung für Europas Stabilität und die transatlantische Partnerschaft zwischen den USA und Europa.

Damit die transatlantische Partnerschaft an bisherige Erfolge anknüpfen kann, muss Europa zu innerer Einheit finden.

28 | Vgl. Reimann, Anna 2015: Syrische Flüchtlinge in Deutschland: Die meisten fliehen vor Assad – nicht vor dem IS, Spiegel Online, 07.10.2015, in: <http://spiegel.de/politik/deutschland/a-1056567.html> [05.11.2015].

29 | Vgl. RT 2015: Putin: People flee from Syria because of ISIS, not Assad regime, 04.09.2015, in: <http://rt.com/news/314435-putin-isis-syria-refugees> [05.11.2015].

Jedoch fehlen bisher gemeinsame transatlantische Antworten auf die Krisenherde. Dies gilt ebenfalls für mögliche langfristige Auswirkungen dieser Herausforderungen. So kam weder von Europa in der Flüchtlingskrise eine Hilfeanfrage noch kamen von den USA Unterstützungsangebote oder Ratschläge. Anders jedoch als in Bezug auf Asien, wo sich die USA um eine enge – vor allem wie beim aktuellen Abschluss des transpazifischen Handelsabkommens sichtbar wirtschaftliche – Anbindung bemühen, wird zu wenig Energie in die Pflege der transatlantischen Partnerschaft investiert. Das transatlantische Handelsabkommen TTIP war zeitlich wie auch politisch immer dem pazifischen Abkommen nachgeordnet und wird höchstwahrscheinlich nicht mehr in der Amtszeit Obamas abgeschlossen und im Kongress abgestimmt werden. Die aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, dass das Safe Harbor-Abkommen überarbeitet werden muss, hat diesen Trend zu einer zunehmenden Spannung und einem Auseinanderdriften der transatlantischen Partner noch einmal vor Augen geführt.

Dennoch gilt, dass die USA weiterhin ein großes Interesse an einem starken Europa haben. Obgleich die Hoffnung auf ein starkes und einiges Europa groß ist, fragen sich viele Amerikaner mit Sorge, wie lange sich Europa den mannigfaltigen Herausforderungen noch stellen kann. Es wird in Washington wahrgenommen, dass die EU in den vergangenen Jahren gezwungen war, einen Großteil ihrer politischen Ressourcen für die Lösung der internen Herausforderungen zu verwenden. Angesichts dieser Ausgangssituation fragt man sich in den USA, inwiefern die Erwartungen an die transatlantische Partnerschaft angepasst werden müssen. Womöglich haben die USA in den vergangenen Jahren zu wenig in die transatlantischen Beziehungen investiert. Dennoch sind sie an einer starken transatlantischen Partnerschaft interessiert und hoffen, dass Europa die aktuellen Krisen überwindet. Deutschland wird in Europa in einer Führungsrolle gesehen; die Hoffnungen richten sich vor allem an Bundeskanzlerin Angela Merkel als Wegweiserin zur erneuten Stabilität in Europa.